

**MICHAEL BILLIG**

**SCHWARZ.  
ROT.  
MÜLL.**

**DIE SCHMUTZIGEN DEALS DER  
DEUTSCHEN MÜLL-MAFIA**

**HERDER**

Sachverständigen aber auf keinen Fall war: mineralischer Abfall.

Die Unstimmigkeit zwischen Wiegeschein und tatsächlichem Befund konnte auch mit einem Anruf bei der Spedition nicht beseitigt werden. 30 Minuten später klingelte Ralf S.s Telefon und es meldete sich ein Mitarbeiter der R. Abfallentsorgung GmbH\*. Von dieser Firma, die im Münsterland mehrere genehmigte Abfallanlagen betrieb, stammte die Fracht. Bei ihr war sie geladen worden. Der Anrufer, der sich als Disponent des Unternehmens vorstellte, behauptete, es handele sich bei der Ladung um das ausgewiesene Transportgut. Was damit am Zielort passiere, könne er nicht sagen.

Empfänger der ominösen Fracht war laut Papierlage eine Recyclingfirma mit Sitz in Berlin. Das Unternehmen betrieb südlich der Hauptstadt, in der brandenburgischen Provinz,

eine Sortieranlage für Haus- und Gewerbemüll, was in S. zusätzliches Misstrauen weckte. In seinem Einsatzbericht, den er zwei Tage nach der Kontrolle verfasste, äußerte er »erhebliche Zweifel, dass eine weitere Zwischenbehandlung wirtschaftlich gesehen vertretbar sein dürfte«.

Am Ende waren es zu viele Ungereimtheiten, die er auch nach Stunden nicht aufklären konnte. »Ob die Reststoffe einer ordnungsgemäßen Verwertung oder Beseitigung zugeführt werden sollten, muss aufgrund der Gesamtumstände bezweifelt werden«, schrieb der Polizist in seinen Bericht. Es bestehe der dringende Verdacht des verbotenen Umgangs mit gefährlichen Abfällen. Der LKW durfte nicht weiter. Der stinkende Müll musste dorthin zurück, wo er hergekommen war.

Auch wenn dieser eine Lastwagen sein Ziel nicht erreichte: Abertausende vor und nach ihm schafften es. Er war Teil der wohl größten Abfallverschiebung in der Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands. Sie lief im Februar 2007 auf vollen Touren. Und sie lief vor allem in eine Richtung: von West nach Ost, von den alten in die neuen Bundesländer.

Szenenwechsel. Sechs Wochen später in einem Kiefernforst im Landkreis Teltow-Fläming, Brandenburg: Vom Rande einer Kiesgrube beobachteten zwei Mitarbeiter aus dem Umweltamt des Landkreises Teltow-Fläming Unglaubliches. Zu DDR-Zeiten hatten die umliegenden Dörfer das gewaltige Loch als Müllkippe genutzt. Nun sollte dieser Bereich gesichert und rekultiviert werden. Der andere Teil des ehemaligen Tagebaus, wo nach der Wende noch Sand und Kies abgebaut

worden waren, ein beachtlicher Krater, sollte wieder aufgefüllt werden. Zum Abdecken der DDR-Altlast und zum Befüllen der Grube waren mineralische Abfälle wie Schutt, Steine und Böden zugelassen. Diese Materialien, die größtenteils auf Baustellen anfielen, durften keine schädlichen Stoffe enthalten.

Was die Mitarbeiter der Umweltbehörde an diesem 23. März 2007 gegen 11.35 Uhr erspähten, war jedoch eine gänzlich andere Art von Müll: ein organisches Gemisch, gelbbraun, versetzt mit Kunststoffresten und Batterien. Für Altlast und Grube völlig ungeeignet. »Der Radladerfahrer begann dennoch damit, das frisch angelieferte Material mit Sand abzudecken und den Einbau abzuschließen«, wie die Behördenvertreter später in ihren amtlichen Unterlagen festhielten. Als sie sich zu der Stelle begaben

und mit ihren Füßen im Sand scharrten, legten sie noch mehr von dem Gemisch frei. Den Fachmännern fiel auf, dass der Müll trotz der kalten Temperatur, die an diesem Tag herrschte, handwarm war und einen faulig-säuerlichen Geruch verströmte. Beides Hinweise auf Gärungsprozesse. Wie bei Hausmüll.

Das konnte eigentlich nicht sein, vor allem: Das durfte nicht sein. Denn seit dem 1. Juni 2005 gilt in Deutschland ein Deponieverbot. Seitdem müssen Hausmüll und ähnliche Abfälle verarbeitet werden. Sie dürfen nicht mehr direkt auf Mülldeponien landen, geschweige denn in ausgebeuteten Ton- oder Kiesgruben.

Verantwortlich für die Arbeiten in der verdächtigen Grube waren zwei Unternehmen. Das eine für die Altlast und das andere für den Tagebau. Das Sagen aber,